

PROTOKOLL
der öffentlichen Ausschusssitzung Umweltschutz und Verkehr

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
13.02.2012	18.00 Uhr	20.55 Uhr	Ortsamt Horn-Lehe, Sitzungssaal

TEILNEHMER

ORTSAMT : OAL W. Ahrens, Vorsitzender
U. Lütjens, Protokollführer

BEIRAT/AUSSCHÜSSE : siehe anliegende Liste

GÄSTE : Herr Bippus, Polizeirevier Horn
Herr Campen, Amt für Straßen und Verkehr
Frau Kuder, Amt für Straßen und Verkehr
Herr Nussbaum, BSAG

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung, Genehmigung eines Protokolls
2. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern (sachkundige Bürger)
3. Neuordnung der BSAG-Buslinien im Stadtteil
4. Maßnahmen zur Reduzierung der Lichtverschmutzung
5. Fußgängerampelschaltung Leher Heerstraße, Höhe Haltestelle Vorstraße
6. Parksituation in der Tietjenstraße
7. Betriebsplan Wohnpark „Achtern Diek“ (Gartenallee, Floraweg)
8. Einrichtung einer Verkehrsregionalkonferenz?
9. Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder wurden mit Schreiben vom 26.01.2012 zur Sitzung eingeladen.

Zu TOP 1: Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung, Genehmigung eines Protokolls

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen, das Protokoll der Sitzung am 31.10.2011 wird ohne Änderung genehmigt.

Zu TOP 2: Verpflichtung von Ausschussmitgliedern (sachkundige Bürger)

Herr Ahrens verpflichtet Frau Karin Scharfenort (DIE LINKE) als sachkundige Bürgerin gemäß § 21 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter vom 02.02.2010.

Zu TOP 3: Neuordnung der BSAG-Buslinien im Stadtteil

Herr Nussbaum erläutert die geplante Neuordnung der BSAG-Buslinien und deren Auswirkungen auf den Stadtteil Horn-Lehe, wie sie mit Beginn des Winterfahrplans im Oktober wirksam werden sollen. Ausgangspunkt ist die Erschließung der Überseestadt, die bisher von der Linie 26 wahrgenommen wird und zukünftig in die zu installierende Linie 23 überführt werden wird. Diese neue Linie 23 soll vom Hauptbahnhof durch die Überseestadt und das Gewerbegebiet Bayernstraße geführt und mit der heutigen Linie 28 verknüpft werden, sodass deren Linien-Ast über das

Gewerbegebiet entfallen kann. Die Linie 21 wiederum wird zukünftig nur noch bis zur Klagenfurter Straße geführt und nicht mehr wechselweise auch ins Lehe Feld fahren. Hinzu kommt die Linie 31, die wie bisher die Linie 20 das Nedderland mit der Horner Kirche verbindet und über den Zentralbereich der Universität und durch die Kopernikusstraße bis nach Borgfeld geführt werden wird und dort den Ringverkehr der Linie 32 obsolet macht.

Herr Ahrens weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Ausschuss im September letzten Jahres einen Beschluss zur Einrichtung einer durchgängigen Tempo-30-Zone in der Kopernikusstraße gefasst hat und wirft die Frage auf, inwieweit sich das mit der einzurichtenden Buslinie durch diese Straße vereinbaren lässt.

Dazu erklärt Herr Nussbaum, dass seitens der BSAG Tempo-30-Zonen wegen der damit einhergehenden rechts vor links Regelung aus Sicherheitsgründen abgelehnt werden. Zudem widersprechen diese dem Anspruch der BSAG auf eine möglichst hohe Reisegeschwindigkeit. Ausnahmen werden lediglich als Streckengebot für Tempo-30 akzeptiert, da hier kein rechts vor links gilt. Daher hat die BSAG in der Anhörung des ASV zur Tempo-30-Zone auch eine ablehnende Stellungnahme abgegeben.

Herr Haake plädiert dafür, bei der Neuordnung den Anschluss zwischen den Linien 31 und 28 gegenüber der jetzigen Situation zu verbessern. Zudem wäre eine direkte Verbindung vom Leher Feld bis zum Bereich Universum/Stadtwaldsee wünschenswert.

Herr Quaß bedauert, dass die Idee der damaligen Linie 30 S nicht wieder aufgegriffen wird. Zudem sieht er einen Konflikt in dem Vorhaben der Tempo-30-Zone und den geplanten baulichen Veränderungen in der Kopernikusstraße hin zu einer geänderten Parkordnung mit den Plänen der BSAG. Er wirft daher die Frage auf, wie sich diese unterschiedlichen Interessen vereinbaren lassen und ob bei einer Beschränkung des Tempos auf 30 km/h der Zeitverlust für die Busse signifikant wäre.

Eine Wiedereinführung der Linie 30 S schließt Herr Nussbaum aus, da dies eine Doppelstruktur mit der Linie 4 bedeuten würde. Zur Frage der baulichen Veränderungen ist man seitens der BASG gesprächsbereit, da es busgerechte Formen dessen gibt und man ohnehin vom ASV in dieser Frage beteiligt werden wird. Zum Zeitverlust durch die Temporeduzierung gilt, dass ein einzelner Abschnitt nicht so sehr ins Gesicht fallen würde. Allerdings in der Summe könnten mehrere Temposenkungen dazu führen, dass ein zusätzliches Fahrzeug auf einer Strecke eingesetzt werden müsste, was massiven Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit hätte.

Herr Kaiser von der Anwohnerinitiative Kopernikusstraße berichtet von der im Sommer letzten Jahres durchgeführten Befragung der Anlieger zur Einführung einer Tempo-30-Zone. Demnach haben von 458 Bürgerinnen und Bürgern 445 für und 13 gegen deren Einführung votiert. Er appelliert an Herrn Nussbaum, auf Basis einer 30er-Zone eine gemeinsame Lösung zu finden, da die vorgebrachten Argumente dagegen nicht nachzuvollziehen seien. Zur Verdeutlichung seines Standpunktes zeigt Herr Kaiser Fotos von Straßen, in denen Tempo 30 vorgeschrieben ist und die von Bussen befahren werden (z. B. Richthofenstraße, Upper Borg, Friedrich-Humbert-Str. etc.).

Zum weiteren Prozedere in Hinblick auf die zukünftige Ausgestaltung des Bereichs Kopernikusstraße/Franklinstraße erklärt Herr Ahrens, dass zur Grundlagenforschung im März die bereits angekündigte Verkehrszählung durchgeführt werden wird. Nach deren Auswertung kann dann Ende April eine Ausschusssitzung einberufen werden, auf der daraus resultierende Konsequenzen und Maßnahmen diskutiert werden sollen. Herr Nussbaum ergänzt, dass seitens der BSAG Herr Wagschall der dafür geeignete Referent ist.

Zu TOP 4: Maßnahmen zur Reduzierung der Lichtverschmutzung

Herr Ahrens berichtet, dass zum genannten Thema im Umweltressort derzeit eine Deputationsvorlage erarbeitet wird, in der auf Basis der aktuellen technischen Entwicklungen der Umgang mit dem Problem definiert wird. Daher wird die Behandlung im Ausschuss auf einen späteren Zeitpunkt nach der Abstimmung auf Deputationsebene verlegt.

Zu TOP 5: Fußgängerampelschaltung Leher Heerstraße, Höhe Haltestelle Vorstraße

Eingangs berichtet Herr Campen unabhängig vom TOP, dass die ursprünglich für das Jahr 2011 angekündigte Erneuerung der Fußgängerampelanlagen an der lilienthaler Heerstraße auf Höhe Högerweg und Peter-Henlein-Straße nun für das erste Halbjahr 2012 beauftragt wurde.

Zur oben genannten Thematik bemängelt ein Bürger, dass man vonseiten der Augenklinik kommend zu Fuß nicht innerhalb einer Grünphase auf die andere Straßenseiten gelangt, sodass man auf der Verkehrsinsel auf die nächste Grünphase warten muss. Nach seinen Messungen ist diese Insel auf Höhe der Fußgängerfurt jedoch nur etwa 1,80 Meter breit, was beengte Verhältnisse bedeutet, wenn man etwa mit einem Kinderwagen unterwegs ist. Er bittet daher zu prüfen, ob die Grünphase um einige Sekunden verlängert werden kann, sodass man in einer Phase die gesamte Straße überqueren kann.

Dazu erläutert Herr Campen, dass das Problem in der ungewöhnlichen Geometrie des Knotens begründet liegt. Die Schaltung ist für die Überquerung in Richtung der Augenklinik optimiert, sodass man diese innerhalb einer Grünphase überqueren kann. Man ist seitens des ASV jedoch dazu verpflichtet, die Grünphasen simultan zu beenden, weil sonst Konfusion entstehen könnte. Die bauliche Breite der Verkehrsinsel ist auch problematisch, allerdings ist dies eine häufiger anzufindende Konstellation.

Seitens einiger Bürger wird Unverständnis geäußert, warum nicht eine gewünschte Verlängerung um einige Sekunden probeweise umgesetzt werden kann. Herr Campen erklärt daraufhin ausführlich, wie durch die Änderung dieses einen Parameters das Gesamtgefüge der Schaltung verändert würde und sich das Problem lediglich verlagern würde. Dabei stellt eine Ampelschaltung immer einen Kompromiss dar, der im Sinne eines Abwägungsprozesses allen Nutzergruppen gerecht werden muss. In diesem Zusammenhang klärt Herr Campen auch über ein weitverbreitetes Missverständnis auf, dass Fußgänger ausschließlich während einer grün geschalteten Ampel die Straße überqueren können. Vielmehr ist die Phase so konzipiert, dass 2/3 des Zeitraumes für die Überquerung grün geschaltet ist und 1/3 rot, wobei erst danach die Freigabe für die wartenden Verkehrsteilnehmer auf der Straße erfolgt. Insofern ist der für den Fußgänger geschützte Zeitraum für die Überquerung der Straße tatsächlich länger als die nominelle Grünphase.

Seitens des Ausschusses wird angeregt, mit Hilfe einer Simulation demonstrieren zu lassen, wie sich Änderungen an der Ampelschaltung auf das Gesamtgefüge auswirken. Herr Ahrens ergänzt, dass dies idealerweise im Zuge der angedachten Verkehrserhebung wegen des entstehenden Mühlenviertels integriert werden könnte und regt an, dass sich Herr Campen diesbezüglich mit Herrn Flassig in Verbindung setzt. Laut Herrn Campen ist eine solche Darstellung möglich, allerdings würde dafür aufgrund ihrer Komplexität eine gewisse Bearbeitungszeit benötigt. Für die Frage der Sicherheit des Knotenpunktes gelte, dass diese gegeben ist. Dessen ungeachtet schlägt Herr Campen vor, diese durch einen weiteren Blinker, der den Autoverkehr aus der Vorstraße auf die querenden Fußgänger aufmerksam macht, weiter zu verbessern.

Herr Haake hatte sich im Vorfeld der Sitzung an Herrn Campen gewandt, da er lange Wartezeiten für die Fußgänger an der Ampel auf Höhe der Straße Am Brahmkamp festgestellt hatte. Die darauffolgende Analyse durch Herrn Campen hat ergeben, dass bei sieben Querungen im Laufe eines Vormittags die mittlere Wartezeit 55 Sekunden betragen hat. Dies resultiert aus den Vorgaben aus der Zeit der Einführung der Straßenbahnlinie 4. Damals wurde der Straßenbahn eine Bevorrechtigung eingeräumt, die die Fußgängeranforderung schlichtweg übergeht. Herr Campen sagt zu, bei der nächsten baulichen Anpassung an der Ampelanlage die Fußgängeranforderung mit einzupflegen, wodurch die mittlere Wartezeit verringert werden kann.

Zu TOP 6: Parksituation in der Tietjenstraße

Herr Hölbe, Anwohner der Tietjenstraße, hatte sich mit einem Schreiben an das Ortsamt gewandt und darin die Parksituation in seiner Straße moniert. Anhand beigefügter Fotos hatte er dargelegt, dass häufig Autos auf dem Gehweg aufgesetzt geparkt werden und dadurch die verbleibende Restbreite zwischen den Grundstücken und den Autos zu gering ist.

Infolge des Schreibens hatte die Polizei zunächst Verwarnungen und später Strafzettel an die Falschparker verteilt, woraufhin sich die Situation kurzzeitig verbessert hatte. Um die Situation langfristig zu verbessern bittet Herr Hölbe zu prüfen, ob wie in der Nebenstraße Helmer eine weiße Linie gezogen werden kann, um den nicht zu beparkenden Bereich zu signalisieren. Dazu erklärt Frau Kuder, dass dazu eine bestimmte Straßenbreite vorgeschrieben ist, die im Fall der Tietjenstraße leider nicht gegeben ist.

Unabhängig davon bittet Herr Ahrens Herrn Bippus, dass die Polizei weiterhin Kontrollen in der Straße vornimmt. Herr Bippus sagt zu, dass dies im Rahmen der bestehenden Personalressourcen getan werden wird.

Zu TOP 7: Betriebsplan Wohnpark „Achter Diek“ (Gartenallee, Floraweg)

Das genannte Gebiet wurde im Jahr 2005 zunächst vom Erschließungsträger beschildert. Nun wurde der Erschließungsvertrag angepasst, sodass der Straßenbaulastträger die Straßen übernimmt und gleichzeitig sukzessive die verbliebenen circa zehn Bauplätze erschlossen werden. Zu Beginn des Areals soll nun das VZ 325 (Verkehrsberuhigter Bereich) errichtet werden. Auf Nachfrage bestätigt Frau Kuder, dass es sich hierbei um eine sogenannte „Spielstraße“ handelt. Beim Ausfahren auf den Achterdiek wird hingegen der Beginn der Zone-30 angezeigt. Die Ausschussmitglieder stimmen dem vorgestellten Betriebsplan einstimmig zu.

Zu TOP 8: Einrichtung einer Verkehrsregionalkonferenz?

Die Fragestellung resultiert aus einem Antrag der SPD-Fraktion, der vom Beirat in den Ausschuss verwiesen wurde. Da in einem ersten Anlauf vor zwei Jahren die Einrichtung eines solchen Gremiums an der Zustimmung der Nachbarortsteile bereits einmal gescheitert war, macht Herr Ahrens den folgenden Vorschlag:

Dieses mal soll die Einrichtung einer Verkehrsregionalkonferenz an eine konkrete Themenstellung geknüpft werden. Dafür bietet sich aktuell die anstehende Beteiligung der Beiräte an der Erstellung des Verkehrsentwicklungsplans Bremen an. Somit kann gewährleistet werden, dass diese auch im angemessenen Rahmen stattfindet.

Diesem Vorschlag stimmen die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

Zu TOP 9: Verschiedenes

- Die Bewohner des Johanniter-Hauses sind an Frau Hanke mit der Bitte herangetreten, die Möglichkeit einer sicheren Überquerung der Leher Heerstraße vor der Autobahnbrücke zu schaffen. Dies könnte in Form einer Bedarfsampel oder eines Zebrastreifens geschehen. Dazu erläutert Frau Kuder, dass ihr ein entsprechender Antrag bereits vorliegt. Allerdings lassen die einschlägigen Richtlinien eine Überquerung aufgrund der diffizilen Lichtverhältnisse an dieser Stelle eher nicht zu. Gleichwohl wird der Antrag natürlich geprüft und das Ergebnis vorgestellt werden.
- Zur Frage der maroden Blumenkübel, die in der Straße Am Brahmkamp seinerzeit zur Verkehrsberuhigung installiert wurden, erklärt Frau Kuder, dass diese im Besitz und in Verantwortung bestimmter Anwohner stehen und diese per Vertrag zu deren Pflege verpflichtet sind. Jedoch hat letztes Jahr ein Ortstermin mit einem Anwohner stattgefunden. Dort hat dieser angekündigt, zunächst für eine Renovierung der Kübel bei den vertraglich Verpflichteten sorgen zu können und nachfolgend die Frage des Rückbaus bzw. der Entsorgung zu klären. In der Folge soll dann in der Straße eine alternierende Parkordnung installiert werden.

- Herr Ahrens bestätigt auf Nachfrage, dass die angekündigte Sanierung des Weges im Grünzug Hollergrund in diesem Frühjahr bei entsprechender Witterung vollzogen werden soll.
- Herr Wülbers wirft die Frage auf, ob der Beirat nach wie vor zu dem am 12.09.2011 im Ausschuss Umweltschutz und Verkehr gefassten Beschluss zur Befürwortung der Variante 4a des Stufenkonzeptes als Sofortmaßnahme im Achterdiek steht. Dies ist laut Herrn Ahrens nach wie vor der Fall, da der Ausschuss nicht von seinem Votum abgerückt ist. Allerdings ist vom zuständigen Staatsrat die Prämisse ausgegeben worden, dass diese Variante nur bei einer Übereinstimmung der Beiräte Oberneuland und Horn-Lehe eingeführt wird. Insofern scheidet das Ansinnen an der divergenten Beschlusslage mit dem Beirat Oberneuland.

gez. Ahrens
Vorsitzender

gez. Quaß
Ausschussprecher

gez. Lütjens
Protokollführer